Beschlussvorlage
Vpl/017/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Verkehrsausschuss	13.03.2025	öffentlich	Beschluss

Betreff:
Difu-Masterplan Parken
hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 04.11.2024

Anlagen:
Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 04.11.2024

Sachverhalt (kurz):

Mit Antrag vom 04.11.2024 bittet die CSU-Stadtratsfraktion basierend auf der "Verkehrsprognose 2040" des vorm. Bundesministeriums für Digitales und Verkehr um eine Stellplatzbilanz der letzten zehn Jahre und um die Erstellung eines "Masterplans Parken".

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Bundesprognosen nicht auf Kommunen übertragbar sind, weil sie sich in erster Linie auf Fernverkehrsstraßen und nicht auf den städtischen Verkehr beziehen. So ist in allen größeren Städten der Kfz-Verkehr seit Jahrzehnten konstant und nach der Corona-Pandemie sogar abnehmend.

Eine Bilanzierung der Stellplätze für die Stadt Nürnberg über die letzten zehn Jahre ist nicht leistbar. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass die Anzahl aller Stellplätze in Nürnberg in den vergangenen Jahren zugenommen hat, da bei jedem Neubauprojekt Stellplätze nachgewiesen und hergestellt werden müssen. Demgegenüber ist die Anzahl der Stellplätze, die im öffentlichen Raum aufgrund von Begrünungsmaßnahmen, zur Verbesserung der Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgänger oder für andere stadtentwicklungspolitische Projekte entfallen, sehr gering. Gleichzeitig werden viele private Parkplätze nicht genutzt - entweder aus Bequemlichkeit oder weil sie zweckentfremdet werden.

Unabhängig davon bleibt das Thema Parken eine Herausforderung, da der öffentliche Raum begrenzt und nicht vermehrbar ist, aber gleichzeitig immer mehr Anforderungen an ihn gestellt werden. Vor allem die Sicherheit für den Fußverkehr und die Notwendigkeit, mehr Grün in die Stadt zu bringen, um den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken, benötigen Flächen, die heute oft als Stellplätze genutzt werden. Um diese Herausforderungen stemmen zu können, bietet das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ein Städteprojekt zum Thema Parken an, bei dem interessierte Städte intensiv beraten werden.

Das über zwei Jahre angelegte Projekt startet in 2025 und besteht aus einem Basismodul, in dem Grundlagen sowie neueste Erkenntnisse vermittelt werden und sich die beteiligten Städte austauschen können. Im Vertiefungsmodul werden Handlungsempfehlungen und Vorschläge für die einzelnen Kommunen erarbeitet. Dies erfolgt in Workshops mit der Verwaltung, mit Kommunalpolitikern, Stakeholdern und der Stadtgesellschaft. Am Ende des Beteiligungsprozesses wird ein Bericht für die Kommune erstellt, in dem die Ergebnisse zusammengefasst werden und auf die Kommune zugeschnittene Maßnahmenvorschläge und Handlungsempfehlungen externer Experten enthalten sind. Der Bericht kann als "Masterplan Parken" aufgebaut und verstanden werden.

Die Verwaltung schlägt vor, dass sich die Stadt Nürnberg um die Teilnahme an dem Projekt bewirbt. Als Difu-Zuwenderstadt würden für beide Module Kosten in Höhe von ca. 27.000 Euro

netto entstehen. Für die Vergabe der Erarbeitung eines Masterplans zum Thema inklusive eines entsprechend intensiven Beteiligungsprozesses durch ein externes Büro ist erfahrungsgemäß mit ähnlichen Kosten zu rechnen. Gegebenenfalls kann ein Zuschuss aus dem Förderprogramm für Klimaschutz für die Teilnahme an dem Projekt beantragt werden. Der städtische Anteil wird aus dem Budget von Vpl finanziert.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☒ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☒ Kosten bekannt

Gesamtkosten	27.000 €	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	27.000 €	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☒ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Vpl Budget

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zur Teilnahme am Difu-Städteprojekt zu und beauftragt die Verwaltung, sich um die Teilnahme an dem Projekt zu bewerben.